

PM Nr.045/08 vom 20.03.2008

Nukleare Abrüstung und zivile Friedensförderung voran bringen

Anlässlich der diesjährigen Osteraktivitäten und -märsche der Friedensbewegung erklären **Claudia Roth**, Bundesvorsitzende, und **Winfried Nachtwei** MdB, Sicherheits- und Abrüstungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen:

„Die diesjährigen Ostermärsche erinnern an den Beginn vor 50 Jahren in Großbritannien mit der Demonstration von London zur Atomforschungsanlage Aldermaston. Vor 25 Jahren erlebten die Ostermärsche mit dem Protest gegen neue Mittelstreckenraketen in Europa eine Beteiligung wie nie zuvor. Vor fünf Jahren begann der Angriffskrieg gegen den Irak mit einer großen Lüge.

Die Aktivitäten für nukleare Abrüstung und friedliche Konfliktlösung sind nicht überholt, im Gegenteil: Ausdrücklich begrüßen wir, dass die Ostermärsche das Thema nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung stärker in das Zentrum ihrer Aufrufe stellen. Wir teilen die Forderung nach einem Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und die Beendigung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO. Indem die Bundesregierung daran festhält, behindert sie die Nichtverbreitungspolitik. Wir wollen ein atomwaffenfreies Europa und die Absage der NATO an einen Ersteinsatz von Atomwaffen. Der Atomkonflikt mit dem Iran muss unbedingt friedlich gelöst werden. Eine US-Raketenabwehr in Europa lehnen wir ab. Damit würde eine neue, gefährliche Wettrüstungsspirale provoziert.

Statt ihren vertraglichen Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, planen die offiziellen Atomkräfte ihre Arsenale zu modernisieren. Damit wird nicht nur schrittweise die Einsatzschwelle von Atomwaffen gesenkt. Staaten wie Indien und Pakistan ziehen nach. Dritte Staaten setzen verstärkt auf Atomenergie, um sich die Option einer Atombewaffnung zu eröffnen. Ohne eine Wiederbelebung der nuklearen Abrüstung drohen der endgültige Bruch des Nichtverbreitungsregimes und ein Zuwachs an Atomkräften. Ein Einsatz von Atomwaffen würde damit wahrscheinlicher.

Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Energiewende sind deshalb neben der nuklearen Abrüstung unverzichtbare Eckpfeiler einer langfristig angelegten Friedenspolitik.

Mit Militär und erst Recht mit Krieg lassen sich Konflikte nicht lösen. Das bestreitet – im Unterschied zur Bush-Administration - hierzulande kaum jemand. Um Konflikte friedlich zu lösen, Gewalteskalationen zu verhüten und Konfliktursachen zu bekämpfen, bedarf es aber ganz anderer Anstrengungen und Investitionen, als sie heute von der Bundesregierung, von der EU und den Staaten insgesamt erbracht werden. Statt die unter Rot-Grün begonnenen Ansätze einer Infrastruktur Zivile Konfliktbearbeitung zurückzufahren, ist ihr forcierter Ausbau überfällig. Frieden braucht Fachleute, Fähigkeiten und Finanzen.

Bei Afghanistan scheiden sich die Geister. Mit vielen Friedensbewegten sind wir uns aber einig, dass sich die Bundesrepublik nicht der Mitverantwortung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan entziehen kann. Dafür sind ein Strategiewechsel und eine zivile Aufbauoffensive unabdingbar.

Solidarische Grüße richten wir an die vielen tausend Demonstranten für die zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide in Brandenburg. Minister Jung muss endlich den Platz räumen!“

(c) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand
Sigrid Wolff, Pressesprecherin, Platz vor dem neuen Tor 1,
10115 Berlin
Tel: +49 (0)30/28442-131/134, Fax: +49 (0)30/28442-234
E-Mail: presse@gruene.de

Quelle: <http://www.gruene-partei.de>

Presse-Abo:

<http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/145/145389.htm>